

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Jugendhilfeausschuss	05.09.2018	öffentlich
Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss	19.09.2018	öffentlich
Integrationsrat	26.09.2018	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	27.09.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Geflüchteter aus Seenot

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

./.

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss, der Haupt-, Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bundesregierung und der Landesregierung mitzuteilen, dass die Stadt Bielefeld bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, die in Seenot geraten und aus ihr gerettet worden sind.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den in Frage kommenden freien Trägern der Jugendhilfe die notwendigen Absprachen zu treffen, um bei Bedarf kurzfristig die notwendigen Kapazitäten zur Aufnahme und Versorgung der Kinder und Jugendlichen schaffen zu können.

Begründung:

I. Anlass

Die europäische Flüchtlingspolitik versagt. Täglich erreichen uns Nachrichten über Seenotrettungsoperationen, weil Flüchtlinge seeuntüchtige Boote besteigen, um bitterster Not in ihrer Heimat zu entfliehen. Dabei spielen sich menschliche Tragödien ab, Boote kentern, Menschen ertrinken. Erreichen Boote dennoch die europäische Küste, werden sie abgewiesen oder müssen tagelang warten, bis sie an Land gehen dürfen. Dieses Schicksal ereilte auch jüngst die Aquarius, auf der u.a. auch rd. 50 minderjährige Flüchtlinge tagelang durchs Mittelmeer irren.

Dieser Umgang mit Geflüchteten verletzt zutiefst ihre Würde. Wir sind aber immer in der Pflicht, Menschen aus einer konkreten Lebensgefahr zu retten.

Bereits im Juli diesen Jahres haben die Oberbürgermeisterin aus Köln und Oberbürgermeister aus Bonn und Düsseldorf an die Bundeskanzlerin appelliert, nicht tatenlos zusehen, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken, während sich die europäischen Länder nicht über Aufnahmequoten und Zuweisungsverfahren einigen können.

Diesem Appell hat sich Oberbürgermeister Clausen in dem Brief vom 20.08.2018 (Anlage) angeschlossen.

Bielefeld steht zu den Grundfesten unseres Zusammenlebens. Dazu gehören Humanität, das Recht auf Asyl und auch das Gebot zur Hilfeleistung, wenn sich ein Mensch in Not befindet.

Bielefeld will dazu einen aktiven Beitrag gerade für die besondere Gruppe der Kinder oder Jugendlichen leisten, die als Flüchtlinge in Seenot geraten sind. Getragen wird diese Idee auch von vielen Menschen in Bielefeld, die sich wie etwa die Mitglieder der Seebrücke um Geflüchtete sorgen und kümmern.

II. Historie in Bielefeld

In der Stadt Bielefeld wurden und werden zahlreiche unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreut. In der Spitze waren es 550 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die in den Einrichtungen der freien Träger und der Stadt untergebracht und versorgt wurden.

Bielefeld hat in diesem Zusammenhang nicht nur immer seine Aufnahmequote erfüllt, sondern insbesondere die Aufnahme und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen hervorragend bewältigt. In Bielefeld besteht ein vorbildliches Netz, das von der Kommune, von Trägern der freien Wohlfahrt und von unzähligen hauptamtlich und ehrenamtlich engagierten Menschen getragen wird. Die Erfahrung aus den letzten Jahren zeigt, dass es gerade für junge geflüchtete Menschen eine große Hilfsbereitschaft vieler Bielefelderinnen und Bielefelder gibt.

Der Erfolg der Bielefelder Aktivitäten zeigt sich auch darin, dass zahlreiche junge Menschen inzwischen einen Schulabschluss oder eine Ausbildung erreicht haben oder mit großen Erfolgsaussichten anstreben. Viele Unternehmen berichten, dass diese Menschen besonders engagiert und fleißig lernen und arbeiten, sie sind in Deutschland „angekommen“.

III. Aktuelle Situation

Aktuell leben rd. 220 minderjährige Flüchtlinge in Bielefelder Einrichtungen, auch wenn die Aufnahmequote nur 190 Plätze vorsieht (im Brief an Dr. Merkel wird versehentlich die Zahl von 150 genannt).

Die Platzzahl in den Einrichtungen wurde aufgrund der verstärkten Verteilung in andere Städte zwar deutlich reduziert. Das Jugendamt ist aber bei Bedarf in der Lage, gemeinsam mit freien Trägern die Aufnahmekapazitäten wieder zu erhöhen. Die bisher dazu geführten Gespräche dazu sind sehr gut gelaufen. Auch die Internationalen Klassen sind in der Lage, neue Schülerinnen und Schüler aufzunehmen.

Die Unterbringung und Versorgung der jungen Menschen wird zu 100% refinanziert, daher entstehen für den Bielefelder Haushalt keine zusätzlichen Kosten.

IV. Weiteres Vorgehen

Nach einem positiv begleitenden Ratsbeschluss wird der Oberbürgermeister der Bundesregierung die durch den Ratsbeschluss bekräftigte Bereitschaft der Stadt zur Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Bootsflüchtlingen mitteilen. Das Jugendamt wird unverzüglich mit den freien Trägern die notwendigen Absprachen treffen, um bei Bedarf kurzfristig die Kapazitäten hochfahren zu können.

<p>Oberbürgermeister</p> <p>Clausen</p>	
--	--